

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 127

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Mittwoch, den 3. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Deutsche Verkehrsausstellung in München wurde unter Teilnahme von Vertretern der Reichsregierung eröffnet.

* Zur Tausendjahrfeier der Rheinlande gibt die Deutsche Reichspost besondere Freimarke aus.

* Die neue Gemeindeordnung im Freistaat Sachsen, die ein stärkeres Aufsichtsrecht des Staates über die Gemeinden bringt, ist endgültig angenommen.

* Die Magdeburger Zuckerausstellung wird wahrscheinlich bis Mitte Juni verlängert.

* Ein deutsch-schwedisches Abkommen über die Regelung des gegenseitigen Luftverkehrs ist unterzeichnet worden.

* In der Französischen Kammer endete die große Marokko-Debatte mit einem Vertrauensvotum für die Regierung Painlevé.

Das kommende Arbeitszeitgesetz.

Die neuen Verhandlungen des internationalen Arbeitsamtes in Genf, die die endliche Ratifikation des Washingtoner Abkommens von 1919 über die achtstündige Arbeitszeit zum Ziel haben, sind diesmal deutscherseits auf ein richtiges Gleis geschoben worden. Der deutsche Vertreter hatte erklärt, daß vor der Ratifikation des Abkommens durch Deutschland erst noch ein deutsches Arbeitszeitgesetz geschaffen werden solle. In dieses Gesetz würden dann von vornherein gleich die Richtlinien hineingearbeitet werden, die in jenem Abkommen aufgestellt worden sind. Und als zweite Voraussetzung der Ratifikation ist bekanntlich immer von den Deutschen verlangt worden, daß die Ratifikation auch der anderen Großindustriestaaten gleichzeitig erfolge.

Es ist damit ein Standpunkt eingenommen, der dem französischen ähnlich ist. Vorteilhaft ist dabei, daß der französische Standpunkt die ausdrückliche Billigung auch des Führers der französischen Gewerkschaften Jouhaux hat. Das ist deswegen besonders wichtig, weil sich Jouhaux fortwährend kritisch zu der deutschen Stellungnahme in der Frage der Arbeitszeit verhält. Das französische Arbeitszeitgesetz stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt der achtstündigen Arbeitszeit, verfügt aber über derartig viel Ausnahmen, daß diese achtstündige Arbeitszeit tatsächlich nur auf dem Papier steht. Der Arbeitgeber hat nämlich die Berechtigung, ohne weiteres eine Verlängerung der Arbeitszeit als Ersatz für den Arbeitsausfall an einer Reihe von Feiertagen zu verlangen; außerdem kann er bei Arbeitsanhäufung durch die vorgegebene Behörde eine Verlängerung der Arbeitszeit sich gestatten lassen, so daß der französische Arbeitgeber in einer Reihe von Industrien bis zu 300 Arbeitsstunden im Jahr über den Achtstundentag hinausgehen kann. Jouhaux hat nun erst neulich wieder erklärt, daß diese Art der Arbeitszeitregelung mit den Grundgedanken des Washingtoner Abkommens übereinstimme. Auch die anderen Staaten haben drartige gesetzliche Regelungen, wobei z. B. Belgien noch über das französische Höchstmaß der zulässigen Überstunden hinausgeht. Selbst jene Staaten, die wie die Tschechoslowakei das Washingtoner Abkommen ratifiziert haben, haben teilweise das französische Vorbild nachgeahmt. Nur Deutschland hat den Achtstundentag wirklich durchgeführt. Amerika selbst denkt gar nicht daran, seine Arbeitszeit dem Achtstundentag zu nähern und sich damit auf den Boden des Washingtoner Abkommens zu stellen. Der Oberste Bundesgerichtshof hat durch seine Rechtsprechung jede dahingehende Gesetzgebung für verfassungswidrig erklärt und nur in zwei Staaten ist es gelungen, die schlimmsten Auswüchse übermäßiger Arbeitszeit namentlich für Frauen und Kinder zu beschränken. Die Stellung Amerikas zum Achtstundentag bzw. zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens ist aber für uns von der allergrößten Wichtigkeit, von größerer noch als die Haltung unserer europäischen Nachbarn. Es ist nicht anzunehmen, daß ein einziger europäischer Staat ohne Amerikas Begleitung diesen Schritt der Ratifikation tun wird. Vor allem wird es England nicht tun.

Produktionsverminderung — das ist das Ziel, das das Ausland durch die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland herbeiführen will, weil man fürchtet, durch deutsche Unterbietung infolge längerer Arbeitszeit bei niedrigen Löhnen gezwungen zu sein, selbst die Arbeitszeit ausdehnen zu müssen. In Deutschland stehen manche Sozialpolitiker und auch die Arbeiterschaft durchweg auf dem Standpunkt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden eine Produktionsverminderung nicht herbeiführe, wenigstens nicht herbeizuführen brauche, weil der Nutzeffekt der Arbeit in der neunten oder zehnten Arbeitsstunde nicht mehr den aufgewandten Kosten entspreche. Aber die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser These herrscht keine Einigkeit, nur eine streng wissenschaftliche Untersuchung könnte ein rein objektives Urteil bringen. Die deutsche Arbeiterschaft geht aber darüber hinaus und sieht — hier kommt der Gegensatz zu der Auffassung in den Entente-Staaten zum Vorschein — die Notwendigkeit einer höchstmöglichen Produktionssteigerung angesichts der Reparationsverpflichtungen ohne weiteres ein.

Daraus ergibt sich eigentlich ohne weiteres, daß der Standpunkt der deutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber innerlich viel Verwandtes miteinander hat.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Staatshilfe für die Hochwasserschädigten am Rhein.

Die preussische Staatsregierung hat die Einrichtung einer staatlichen Notstandsaktion zugunsten der durch das Januarhochwasser in den Nealeumassbezirken Köln

und Düsseldorf Geschädigten beschlossen und zu diesem Zweck dem Oberpräsidenten in Koblenz, der mit der Durchführung der Notstandsaktion beauftragt worden ist, den Betrag von 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Auch die für das Notstandsgebiet in Betracht kommenden engeren und weiteren Kommunalverbände werden Geldmittel für die Notstandsmaßnahmen bereitstellen.

Preussischer Städtetag und Gemeindeaufwertung.

In der Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages wurde beschlossen, an den Reichstag eine Eingabe in der Aufwertungsfrage zu richten: In letzter Stunde, so heißt es darin, erhebt der Preussische Städtetag noch einmal seine warnende Stimme gegen den Versuch, die in jüngster Zeit aufgetauchten Pläne ernstlich zu verwirklichen. Insbesondere widerspricht er nachdrücklich der Absicht, Gemeindeanleihen anders zu behandeln als Reichs- und Staatsanleihen, den praktisch in einwandfreier Form nicht lösbaren, für den Kredit der betroffenen Gemeinden verhängnisvollen Vorschlag, die Anleihen der verschiedenen Gemeinden verschieden zu behandeln, vor allem den für jeden Sachkundigen unmöglichen Vorschlag, Schuldscheinanleihen anders zu behandeln als Obligationen anleihen. Er ersucht den Deutschen Reichstag aufs dringendste, diese abwegigen Pläne aus den weiteren Verhandlungen rundweg auszuschalten.

Annahme der neuen sächsischen Gemeindeordnung.

Der Sächsische Landtag hat in dritter Lesung die neue sächsische Gemeindeordnung angenommen. Die Novelle bringt gegenüber der Zeignerschen Gemeindeordnung von 1923 eine Erweiterung der Staatsaufsicht über die Gemeinden, indem sie das bisherige Einspruchsrecht des Staates gegenüber der Gemeindegesetzgebung in ein Genehmigungsrecht umwandelt. Ebenso erhält in den Städten, die einen korporatistischen Stadtrat besitzen, dieser wieder das Zustimmungsgesetz bei der Einbringung neuer Gesetze, während er nach der Zeignerschen Gemeindeordnung nur ein Einspruchsrecht hatte. Das Gemeinde-referendum, das bisher bei jeder Gelegenheit eingeholt werden konnte, wird auf die bedeutendsten Punkte beschränkt. Ein linkssozialistischer Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen den sächsischen Innenminister wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Potsdamer Flaggenkonflikt.

Das preussische Oberverwaltungsgericht hat die Entscheidung des Bezirksauswärtiges in der Potsdamer Flaggenfrage bestätigt. Es handelt sich um den Beschluß des Potsdamer Magistrats vom 3. August v. J., der die Beflaggung der Potsdamer städtischen Gebäude in den Reichsfarben ablehnte, und der vom Oberbürgermeister auf Anweisung des preussischen Innenministeriums beanstandet worden war. Der Bezirksauswärtig hatte sich dem Standpunkt des Magistrats angeschlossen, da das Flaggen auf städtischen Gebäuden eine städtische und keine staatliche Angelegenheit sei. Das Oberverwaltungsgericht tritt diesem Standpunkt bei.

Großbritannien.

England und der Sicherheitspakt. Der englische Botschafter in Paris hat dem französischen Außenminister Briand eine Note überreicht, die die Bemerkungen der englischen Regierung zu dem ihr mitgeteilten Entwurf der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot enthält. Die von Frankreich entwickelten Gedankengänge haben in zahlreichen Punkten die Zustimmung des englischen Kabinetts gefunden, insbesondere die französische Auffassung, daß der Garantiepakt unter keinen Umständen zu einem Hindernis für Frankreich werden würde, gegebenenfalls seinen politischen und strategischen Verbündeten zu Hilfe zu kommen. Dagegen lehne England jede Garantie für die Dölgrenze ab.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident ist, von Hannover kommend, wieder in Berlin eingetroffen.

Oberstein. Der hiesige Bahnhofsvorsteher, dem als ehemaligen Ausgewiesenen die Ausübung seiner Tätigkeit auf Widerruf gestattet war, ist durch Verfügung des Wirkensfelder Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission nach einmonatiger Tätigkeit seines Amtes wieder entbunden worden.

Stockholm. Im schwedischen Ministerium des Äußern wurde ein deutsch-schwedisches Abkommen betreffend die vorläufige Regelung des Luftverkehrs zwischen Schweden und Deutschland unterzeichnet.

Entwaffnungsnote in Berlin.

Berlin, 1. Juni.

Der Sitzung der Botschafterkonferenz in Paris wohnte Marshall Foch und der Oberbefehlshaber des besetzten Rheinlands, General Desider, bei. Die Botschafterkonferenz hat den vorher vereinbarten Text für die Mitteilung an Deutschlands einmündig genehmigt. Der Inhalt dieser Mitteilung wird streng geheim gehalten. Ein Spezialkurier mit der Mitteilung und den Anlagen ging nach Berlin ab. Die Überreichung an den Reichsminister des Äußern wird voraussichtlich Mittwoch vormittag durch die verbündeten Botschafter in Berlin erfolgen. Die Mitteilung wird alsbald veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Anlagen, d. h. des Auszuges aus dem Berichte der Interalliierten Militärkontrollkommission, wird voraussichtlich Donnerstag erfolgen.

Die Mitteilung der Verbündeten an Deutschland zur Entwaffnungsfrage besteht laut Auskunft von französischer amtlicher Seite aus einer 5 Seiten langen Kollektivnote und zwei Anlagen. Anlage 1 enthält die Detailangaben über den Stand der deutschen Abrüstung und zählt die Maßnahmen auf, die Deutschland getroffen hat, damit die Versailler Entwaffnungsbestimmungen für erfüllt gelten können. Anlage 2 enthält die Bestätigung, daß Deutsch-

Deutsche Verkehrsausstellung 1925.

Die Eröffnungsfeierlichkeiten.

n. München, 31. Mai.

Die Eröffnung der so eingehend vorbereiteten Deutschen Verkehrsausstellung sah eine stattliche Menge hervorragender Persönlichkeiten in München. Anwesend waren Reichswehrminister Dr. Gessler als Vertreter der Reichsregierung, ferner der Reichspostminister Stengel, der Reichsverkehrsminister Dr. Rohne, der Staatssekretär Vogt und die bayerische Regierung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Held an der Spitze, die in München beglaubigten diplomatischen Vertreter und eine große Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Verkehr, Technik und Presse. Der erste Bürgermeister von München, Scharnagl, hielt zur Eröffnung der Ausstellung eine Rede, in der er ausführte: Die Stadtverwaltung begrüßt es mit ganz besonderer Freude, daß die Deutsche Verkehrsausstellung in München durchgeführt werden kann. Ich gebe der festen Erwartung Ausdruck, daß die Deutsche Verkehrsausstellung während ihrer ganzen Dauer noch viele Tausende von Stammesbrüdern aus dem ganzen Reich wie auch von Freunden unseres Volkes aus dem Auslande in unsere Stadt führen wird.

Schrittmacher einer neuen Zeit.

Staatssekretär Ritter von Frank führte aus: Wenn die Verkehrsausstellung zu zeigen vermag, daß das Deutschland von heute wieder einen maßgebenden Anteil an der Entwicklung des Verkehrs nimmt, dann erfüllt sie eine große vaterländische Mission, denn dann erweist sie, daß Deutschland in der Organisation des Verkehrs nicht aus dem Rat der Völker ausgeschaltet werden kann. Zu Deutschlands Weltaufgaben gehört vor allem, schon nach seiner zentralen Lage im Herzen Europas, die Verkehrsfrage, womit es zu einem unentbehrlichen Glied der Weltwirtschaft wird. Der Verkehr muß der Schrittmacher einer neuen Zeit werden. Seine Probleme sind darum Fragen von höchster Bedeutung, die zu ihrer Bewältigung die politische Reife und den geschlossenen Willen des Volkes erfordern.

Bayerischer Ministerpräsident Dr. Hüb.

entbot die herzlichsten Willkommensgrüße der bayerischen Staatsregierung. Bayern dürfe gerade heute mit Stolz darauf verweisen, daß es in der Ausbildung der Verkehrswege und in der Herstellung und Erweiterung der Verkehrsmittel im regsten Wettbewerb mit den anderen Staaten gestanden habe. Wohl könne man uns gegen alles Recht und gegen alle Natur Gebietssteile rauben, könne uns wirtschaftlich in tiefe Armut stoßen, könne uns staatspolitisch niederhalten und knechten, aber eins könne man nicht: uns den deutschen Erfindergeist, unsere Schaffenskraft und Schaffensfreude nehmen. Man könne das deutsche Volk niemals entbehren, wenn man seiner eigenen Kultur und Wirtschaft nicht den schärfsten Schlag versetzen will. Das sei die Wahrheit, die diese Verkehrsausstellung predige.

Dr. Gessler für die Reichsregierung.

Mit Genugtuung erfülle ich die Aufforderung des Herrn Präsidenten, namens der Reichsregierung die Deutsche Verkehrsausstellung zu eröffnen. Alle Kulturvölker sind im schärfsten Wettkampf, und Deutschland hat allen Anlaß, gerade auf dem Gebiete der Technik alle Kraft anzupspannen, um nicht ins Hintertreffen zu kommen. Die ungeheuren Lasten, die der unglückliche Ausgang des Krieges unserem Volk und seiner Wirtschaft auferlegt hat, zwingen förmlich zu Versuchen, einen wesentlichen Teil davon durch neue Fortschritte der Technik auszugleichen. Je weniger wir geneigt sind, auf das Recht unseres eigenen Volkstums zu verzichten, um so mehr müssen wir uns klar sein, daß wir dieses Recht uns nur verschaffen können im Wettstreit mit den übrigen Völkern der Erde, das jetzt auch um seine moralische Gleichberechtigung kämpfen muß. So eröffne ich als Vertreter des Herrn Reichskanzlers, der mich gebeten hat, seine Grüße zu übermitteln, die Ausstellung.

An den Eröffnungsakt schloß sich ein Rundgang durch das gesamte Ausstellungsgelände an. Sodann wurden auf dem Platz vor der großen Ausstellungshalle 1500 Brieftauben zu dem Flug nach ihrem Heimatsort Frankfurt a. M. aufgelassen. Am Nachmittag vereinigte ein Festessen die Ehrengäste.

land laut Feststellung der Reparationskommission allen Verpflichtungen nachkommt.

Räumung von Düsseldorf, Duisburg u. Ruhrort.

Paris, 1. Juni.

Die Feststellung der Reparationskommission. Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gekommen ist, wird, wie man von unterrichteter Seite, in absehbarer Zeit die Räumung 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg zur Folge haben. Die Besetzung Ruhrhäfen, hat mit der Feststellung jede rechtliche Grundlage verloren. Die französische Regierung soll sich bemühung dieser Städte bereit erklären. Die Besetzung des Ruhrgebietes französischen Truppen aus der für die zweite Hälfte August i

Wetterregeln im Juni.

Von Dr. B. Schidlof.

Das alte Wort vom wunderschönen Monat Mai ist nicht immer zutreffend: der Mai pflegt im allgemeinen nicht stets schön zu sein, und dieses Jahr darf man wohl als eine Ausnahme bezeichnen — in mehr als einer Hinsicht.

Gingegen der jetzt beginnende Juni ist der wirklich schöne Monat. Er bringt fast stets Sonne und Wärme, Blumenlust und Vogelgesang. Im Juni ist die richtige Konzertsaison im Walde und die Zeit des Festmüdes, den die Natur sich anlegt. Der Juni ist auch der Monat des Segens. Von ihm hängt im wesentlichen ab, ob uns das Brot reichlich oder kärglich zugemessen wird. Deshalb ist der Juni Gegenstand landwirtschaftlicher Weissheiten, wie sie sich früher in den Bauernregeln zum Ausdruck brachten. Man lache nicht über die Bauernregeln, wenn sie nicht stimmen — es sind manche Erfahrungssätze darin, die aus jahrhundertelanger Beobachtung der Naturgesetze hervorgegangen sind. Aber sie konnten nur solange recht behalten, solange die Natur unverändert blieb. Als das Landschaftsbild sich durch Eisenbahnbauten, Abholzen, städtische Besiedelung ganz wesentlich änderte, als dadurch das Klima, die Bodenbeschaffenheit eine andere wurde, da konnten die alten Bauernregeln nicht mehr zutreffen; da sie aber so rasch nicht weichen wollten, so versetzten sie dem Volk den Lächerlichkeit.

Der Juni hat viele bemerkenswerte Tage, die mit Sprüchlein ausgezeichnet sind. Bereits der zweite Tag dieses Monats ist ein bedeutungsvoller Tag, er ist besonders günstig für den Anbau von Flachs. Weil sich aber auf Flachs kein Reim machen ließ, so begnügte man sich damit, einfach den weißen Rat in Prosa zu erteilen, daß man am 2. Juni Flachs säen müsse. Besser ist schon der 8. Juni daran, es ist der Tag des heiligen Medardus. Das war ein französischer Bischof zu Turnay und starb ungefähr im Jahre 545. Er hat einen großen Ruf als Wettermacher sowohl im ganzen Deutschen Reich wie auch in Frankreich und in Polen. Sein Tag also ist wichtig für die Bestimmung der Witterung und somit auch für den Ausfall der Ernte. Man denke nach, wie das stimmen kann: in Südfrankreich gilt dieselbe Wetterregel wie in Norddeutschland, Landstriche, die unter den verschiedensten klimatischen Verhältnissen liegen. Aber trotzdem: der Medardustag ist ein Lostag allererster Güte. In Frankreich sagt man: „Saint Médard est un grand pleurard“ (Der heilige Medardus ist ein großer Weiner). Also Medardus weint gerne, es regnet also häufig an diesem Tage. Und tatsächlich kommt es vor, daß am 8. Juni wirklich nasse Wundfäden vom Himmel hängen, sicher ebensooft ist hellster Sonnenschein. Es wäre auch nicht übel, wenn Medardus immer an seinem Tage weinen würde, denn es heißt:

St. Medardus, keinen Regen trag,
Es regnet sonst noch vierzig Tag,
Und mehr — wer's glauben mag.

Und es wird ganz ernsthaft behauptet:

Wie St. Medardus wittert,
Solch Wetter dreißig Tage zittert.

Ein weiterer hübscher Spruch lautet:

Im Juni am St. Medardustag
Der Landmann sich wohl sorgen mag,
Die alten sagen: Regnets dann,
Es vierzig Tage dauern kann;
Doch ist es schön, du sicher bist,
Daß reichlich deine Ernte ist.

Medardus hat aber noch eine besondere Eigenschaft — sein Name allein genügt, um die Ratten zu vertreiben. Das ist besonders ein brandenburgischer Volksglaube: man schreibt den Namen Medardus mit drei Kreuzen an die Haustür und alle Ratten ergreifen die Flucht. Daß die Kammerjäger noch nicht auf dieses billige Verfahren gekommen sind! Oder vielleicht hilft es nicht? Und vielleicht bleibt der Juni wirklich der wunderschöne Monat, auch wenn es am Medardustage regnen sollte? Am sichersten ist noch immer die schöne Bauernregel, der man unbedingt Glauben schenken kann, auch für den Juni, weil sie noch niemals getäuscht hat:

Kräft der Hahn auf seinem Mist,
Ändert sich's Wetter oder es bleibt wie es ist.

Turnen, Spiel und Sport.

1. Pfingsttag:

1. Mannsch. des F. C. 18. Inf. Reg. 7. Komp. Münster gegen 1. Mannsch. Spiel-Sportverein Halver 6:3.

2. Mannsch. Sudberg 2. Mannsch. Halver 6:1

2. Pfingsttag:

1. Mannsch. Mengebe 1. Mannsch. Halver 3:2. Bericht folgt.

Vermischtes.

= Unfug beim Baden. Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft teilt in einem Rundschreiben mit: „Beim Baden besonders in Freibädern, kann häufig beobachtet werden, daß Leute die Arme hochheben, um sich herumzuschlagen und dann unter Hilferufen verschwinden. Zu dem Augenblick, in dem jemand hinzuschwimmt, tauchen sie lachend auf. Unlängst hat ein derartiges Verhalten wieder ein Menschenleben gefordert, da der Schwimmer, der erst scherzweise um Hilfe schrie, nachher wirklich in Not geriet, wobei ihm keine Hilfe geleistet wurde. Jeder Badende sollte gegen einen derartigen Unfug einschreiten und jedem, der ohne Grund nach Hilfe ruft, das Verwerfliche seines Verhaltens zu Gemüte führen. Derartige Elemente müssen von den Badeanstalten entfernt und wegen groben Unfugs bestraft werden.“

= Abd-el-Krim und Barbarossa. Abd-el-Krim, der Führer der Riffablen, der den Franzosen und den Spaniern in Marokko jetzt so viel zu schaffen macht, hat sich, wie sich das für einen modernen Kriegshelden gehört, von einem amerikanischen Journalisten über dies und jenes ausfragen lassen und bei dieser Gelegenheit fund und zu wissen getan, daß er von Barbarossa abstamme. Man darf aber nicht glauben, daß es sich hierbei um unseren Kaiser-Notbart lobesam handle; gemeint ist vielmehr der allen Geschichtskundigen bekannte moslemische Seeheld oder sagen wir schon Seeräuber Chaireddin Barbarossa, der um die Wende des 15. Jahrhunderts mit seinem Bruder Gharubj die Küste Nordafrikas unsicher machte und sich schließlich der Herrschaft über das Sultanat von Algier bemächtigte. Chaireddin Barbarossa, der übrigens von christlicher Abstammung war, starb nach kühnen Seefahrten als würdiger Patriarch von 80 Jahren im Jahre 1547 in Venedig am Vesperus. Sein Haß gegen das Abendland lebt in seinen Enkeln fort.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Die Entwicklung der Erwerbslosen-fürsorge in der ersten Maihälfte.) In der Zeit vom 1. bis 15. Mai hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge — die nicht zu wechseln ist mit der größeren Zahl der Erwerbslosen überhaupt — von 320 000 auf 274 000, d. h. um rund 14 Prozent vermindert. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 288 000 auf 245 000, die der weiblichen von 32 000 auf 29 000 gesenkt. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 437 000 auf 367 000 zurückgegangen. Die Entwicklung entspricht der Jahreszeit.

Buer. (Zu den Arbeiterentlassungen auf den staatlichen Zechen.) Zur kritischen Lage des staatlichen Bergbaues wird noch mitgeteilt, daß weder eine gänzliche Stilllegung einer Schachtanlage noch eine Veräußerung von Staatsgut an Private in Frage komme. Man beschloß, auf den Staatsgruben in Gladbeck-Buer insgesamt 2000 Mann zu entlassen. Etwa 1000 von diesen entfallen auf die Gruben der preussischen Berginspektion 2 in Gladbeck, und etwa 500 Mann auf den Schacht Zwiemel der Berginspektion 5.

Köln. (Lohnforderungen der Metallarbeiter in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie.) Die drei Metallarbeiterverbände haben beschlossen, im Arbeitgeberverband für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie zum 1. Juli den Lohn-tarif, der durch Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom Monat Februar zustande gekommen war, zu kündigen.

Bodum. (Neue Verwicklungen im Baugewerbe des Ruhrgebietes.) Der Arbeitgeberverband Bodum teilt mit, die Versammlung von Vertretern der Hütten- und Maschinenindustrie sowie der Ortsgruppe Bodum des Zechenverbandes erklären die Löhne im Baugewerbe, wie sie sich nach der Berliner Vereinbarung vom 22. Mai ergeben, als untragbar. Wie festgestellt wurde, liegen sie in den einzelnen Arbeiterkategorien 60 bis 100 % über den ortsüblichen Löhnen. Aus diesem Grunde legen die Mitglieder der genannten Verbände unverzüglich ihre sämtlichen Bauten still.

Berlin. (Streit des Autobuspersonals.) Bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-M.G. (Abog) ist der Streit proklamiert worden, trotzdem die Erklärungsfrist für den gefällten Schiedsspruch noch nicht abgelaufen war. Der Streit ist auf einer plötzlich zusammenberufenen Versammlung beschlossen worden, so daß die Gesellschaft vor die vollendete Tatsache gestellt wurde. Der Autobusverkehr ruht vollständig.

Berlin. (Ende des Autobusstreiks.) Die Angeklagten der Allgemeinen Berliner Omnibus-M.G. haben auf Grund einer neuerlichen Versammlung den Streit abgebrochen und die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein Verbrechen rheinischer Sonderbündler vor Gericht. Das Koblenzer Schwurgericht beschäufte sich mit einer Bluttat rheinischer Sonderbündler. Angeklagt war der Fuhrmann Schürig-Koblenz, der seinerzeit in Traben-Trarbach einen gewissen Kübel, der die Separatisten zum Abzug aus der Stadt bewegen sollte, erschossen hatte. Ein Journalist aus Koblenz war beschuldigt, den Schürig zu dieser Tat angestiftet zu haben. Schürig wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von einem Jahr vier Monaten Untersuchungshaft, der Journalist zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von zehn Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

§ Zu einem französischen Kriegesgerichtsurteil. Das französische Kriegesgericht in Paris hat am 12. Mai d. J. der früheren deutschen Landsturmmann Paul Kopp zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, weil er im Jahre 1917 bei Transport einiger kriegsgefangener französischer Offiziere aus dem Gefangenenlager Angolsbadi nach dem Lager Plassenburg, wobei der französische Hauptmann Paulpin erschossen, den Hauptmann Bangino de Saint-Maurice erschossen haben soll. Wegen dieser Vorgänge wurde bereits in den Jahren 1917 und 1918 in Deutschland ein Verfahren gegen Kopp durchgeführt. Es wurde eingestellt, weil der Genannte, als Wache von dem kriegsgefangenen Hauptmann Bangino unmittelbar mit einem Angriff bedroht, berechtigterweise von seiner Waffe Gebrauch gemacht hatte. Im übrigen ist der jetzt verurteilte Kopp bereits vor einigen Jahren gestorben.

§ Der amerikanische Skandal vor Gericht. Ein amerikanisches Gericht hat entschieden, daß die Verträge, durch die eine Petroleumgesellschaft zwei große Ölgebiete in Kalifornien und Hawaii vom Staat erworben hat, ungültig seien, da sie durch Bestechung zustande gekommen wären. Dies ist der erste in einer Reihe von Prozessen zu dem sogenannten Skandal, in dessen Verlauf schwere Vorwürfe gegen hohe amerikanische Beamte und Industriemagnaten erhoben worden waren.

Börse und Handel.

* Die Berliner Börse und die übrigen deutschen Effektenmärkte blieben am 30. Mai für jeden Verkehr geschlossen.

* Eine Zusammenstellung der Geschäftsbestimmungen der Reichsbank. Die Reichsbank teilt mit, daß in Kürze eine neue Zusammenstellung ihrer Geschäftsbestimmungen nach Art des früheren, der Geschäftswelt bekannten „Grünen Büchchens“ erschiene, die wie bisher unentgeltlich zur Ausgabe gelangt.

* Berliner Butter. Die Berliner amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war am 30. Mai für 1. Qualität 1,54 M., 2. Qualität 1,36 M., abfallende Qualität 1,16 M. für ein Pfund.

* Hamburger Futtermittel vom 29. Mai. Futtermittel: Bei unveränderten Preisen lag der Markt still. Hafer 14 M., Weizen 13, Hafer 5, Weizenheu, gebündelt 7, Preßstroh 4,50. Haferfutter: Roggen-, Weizen-, Haferstroh, drahtgepreßt, 1,70—1,90, desgl. gebündelt oder bindfadengepreßt 1,40—1,60. Weizenheu, lose, gut, gesund, trocken, 1. Schnitt 3,40—3,70, 2. Schnitt 3,20—3,50, 3. Schnitt 2,80—3,10, alles per Zentner Waggon frei norddeutscher Verladestation. Roggenstroh, drahtgepreßt, in Quadratballen 2,35—2,45, holl. Kleeheu, drahtgepreßt, gut, gesund, trocken, 1. Schnitt 6,20—6,35 per Zentner franco Hamburg-einschl. Deckenmiete.

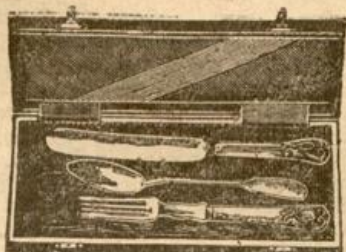
* Jubiläum des Vereins der Deutschen Zuderindustrie. Ein Festmahl für 860 Personen im Magdeburger Konzerthause veranstalteten die Vertreter der Behörden, der befreundeten Vereine im In- und Auslande, so aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und aus England, Vertreter der Presse und anderer Körperschaften: aus Anlaß der Feier des Jubiläums des 75jährigen Bestehens des Vereins der Deutschen Zuderindustrie. Die Vertreter der Reichsbehörden, der Stadt Magdeburg und der Vereine und Körperschaften wiederholten die Glückwünsche, die sie auf der Festigung dargebracht hatten. Wie verlautet, wird voraussichtlich auf Anregung der Aussteller die Magdeburger Zuderausstellung bis einschließlich 14. Juni verlängert werden.

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.


Landwehr-Verein
Oberbrügge.
Zur Teilnahme an
der Beerdigung des
verstorbenen Kameraden
Carl Lange
treten die Mitglieder
am Freitag, d. 5. d. M.
mittags 1 Uhr beim
1. Vorsitzenden an.
Um zahlreiche Be-
teiligung bittet
Der Vorstand.

Deutschnationale
Volkspartei,
Ortsgruppe Halver.
Die auf Mittwoch,
d. 3. Juni anberaumte
**Mitglieder-
Versammlung**
wird auf Freitag, den
5. Juni (Haus zur Fähr)
verlegt.
Der Vorstand.

Farben
trocken und streichfertig
empfeilt
Halversche Med.-Drogerie
Carl Menke, Halver.

Empfehle:
Solinger Stahlwaren

Bestecke in allen Ausführungen
Alpaca u. versilbert
Eß-Löffel, Tee-Löffel, Tisch-Messer
und -Gabeln, Brotmesser, Scheren,
(lose und im Etui) Taschenmesser,
Rasiermesser, -Apparate und Rlingen,
Torten-Schaukeln, : Beilegegabeln,
Räsemesser, Brotgabeln usw. usw.
Wilhelm Bell jr.,
Fernspr. 42. Halver. Kirchstraße 5.

Wegen Erkrankung des
jetzigen suche ich für sofort
ein
Mädchen
nicht unter 17 Jahren.
Frau Corn. Schürmann,
Halver i. W.

Verkaufe gute
Herdbuch-
Ziege m. Lamm
präm. m. Staatsmedaille
und 1. Ehrenpreis. Preis
nach Uebereinkunft
Zu erfragen in d. Geschäft,
d. Wg. Anz. Halver.


Gesternabend verschied nach kurzem, schweren
mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein lieber
treuer Mann, unser herzenguter Vater, Schwieger-
vater, Bruder, Schwager und Onkel
Carl Lange
im Alter von 60 1/2 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Vömmelbach b. Oberbrügge, den 2. Juni 1925.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Juni
nachm. 1 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Von Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand
nehmen.
Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Trauerdrucksachen
fertigt schnellstens an der Verlag dieser Zeitung.

Dixin
Henkel's
Seifenpulver
Ein
Seifenpulver
von
ausgezeichneter
Waschkraft
und
Ergiebigkeit!

Fahrräder

Nähmaschinen stets am
Lager.
Reparaturen werden prompt
und billigst ausgeführt.
Albert Vinnepe, Halver.
— Telefon 192. —
Inferieren bringt Gewinn!